

Stammzellenforschungsgesetz angenommen, Ethik auf der Strecke geblieben:

Töten um zu heilen? Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Vier Gründe sprechen nach unserer Einschätzung für die heutige Annahme des StFG:

- 1.) Gewisse Themen wie z. B. grundsätzliche Probleme bei der medizinischen Anwendbarkeit der embryonalen Stammzellenforschung wurden in der Debatte systematisch ausgeblendet.
- 2.) Zwischen adulter und embryonaler Stammzellenforschung wurde so wenig wie möglich unterschieden. Heilungserfolge mit adulter Stammzellenforschung wurde rhetorisch verschleiert der embryonalen «zuge-schanzt». Die Therapiefortschritte mit der adulten Stammzellenforschung wurden systematisch unterschlagen.
- 3.) In den Medien, vor allem in der Westschweiz, hat die Pro-Seite klar dominiert.
- 4.) Und natürlich verfügten die FDP, Interpharma und Economiesuisse über ein Millionenbudget.

Das Stimmvolk hat sich leider täuschen lassen. Der Forschungsstandort Schweiz hat gar nichts gewonnen, sondern im Gegenteil viel an ethischer Glaubwürdigkeit verloren. Embryos wurden zum Freiwild erklärt und zum patentierbaren Rohstoff degradiert. Die kostspielige und sinnlose Grundlagenforschung an embryonalen Stammzellen wird hohe Summen verschlingen, finanzielle Mittel, welche viel besser in die adulte Stammzellenforschung investiert würden. Viele Ja-Stimmende werden mit den Jahren frustriert erkennen müssen, dass die versprochenen Therapien doch nicht zustande kommen. Sie werden einsehen, dass vor der Abstimmung einmal mehr mit der Hoffnung kranker Mitmenschen gespielt wurde. Die Schweiz geht auch einer neuen eugenischen Eiszeit entgegen. Der Bundesrat und die grossen Parteien haben sich zum Spielball angeblicher Forschungsinteressen machen lassen. Nur so lässt sich das übereilte Vorgehen bei der Entwicklung des jetzt angenommenen Gesetzes erklären. Da soviel von «restriktiver Regelung» die Rede war, werden wir sehr wachsam verfolgen, was in der Praxis daraus wird. Gemäss dem Proporzsystem stellen wir trotz der Abstimmungs-Niederlage gewisse Forderungen für die nähere politische Zukunft: Das Fortpflanzungsmedizingesetz soll strikte eingehalten und die darin vorgeschriebenen Statistiken über die Zahl überzähliger Embryos endlich veröffentlicht werden. Ebenso soll auf eugenische Tendenzen in der Medizin verzichtet werden (z. B. Präimplantationsdiagnostik). Alle an unserem Referendumskomitee beteiligten Organisationen werden sich weiter für die Wissenschaft, für eine Ethik der berechtigten Hoffnung und für eine Politik der Menschenrechte ab Lebensbeginn einsetzen.

Dank dem Referendum hat eine gesellschaftliche Diskussion über den Status des Menschen an seinem Lebensanfang stattgefunden. Die Mehrheit der Stimmenden überhörte oder übersah offensichtlich die zahlreichen Widersprüche und Ungereimtheiten in der Argumentation der Befürworter. Das Volk will sicher keine Instrumentalisierung, keine Degradierung menschlichen Lebens zum patentierbaren Rohstoff. Die Frage ist nur: Bekam und bekommt das Volk die nötigen Informationen, um das menschliche Leben auch als solches zu erkennen – wenn von namhaften Persönlichkeiten, einer Litanei gleich, lediglich von «Zellklumpen» und «abgestufter Menschenwürde» oder noch spitzfindiger von «Würde menschlichen Lebens» anstatt von Menschenwürde gesprochen wird.

Die Gewinnung von Stammzellen aus Embryonen erachten wir als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das sich auch demokratisch nie wird rechtfertigen lassen. Sollten jemals Therapien mit embryonalen Stammzellen entwickelt werden (was zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich ist), kann der Einzelne entscheiden, ob er es vor seinem Gewissen verantworten könnte, eine solche Therapie anzuwenden. Das Konzept: junges Leben vernichten um es sich «ein-zu-verleiben» scheint uns eher eine Anleihe bei der Mythologie als ein ernsthaftes medizinisches Forschungs- oder Therapiekonzept. Leider müssen dafür Tausende von Embryos sinnlos und ungefragt ihr Leben lassen.

Die grossen politischen Parteien müssen sich ebenfalls einige Fragen gefallen lassen. Gemäss letzter gfs- Umfrage hat die SVP-Basis ihrer Parteispitze massiv die Nachfolge verweigert. Die CVP schreibt in ihrer sozial-liberalen Charta u. a.: «Die Gemeinschaft Schweiz steht auf dem Fundament christlich-demokratischer Werte (...). Wir orientieren uns (dabei) an den ethischen Werten dieses historischen Erbes.» Indem die ehemalige «Wertepartei» so eindeutig für die embryonale Stammzellenforschung Stellung bezogen hat, hat sie ihren Neuaufbruch gründlich verpasst. Die Frauen lehnten das Gesetz gemäss Umfrage tendenziell viel mehr ab als die Männer: Warum betreiben also die Linksparteien (ausser den einzig konsequenten Grünen) plötzlich eine solch explizite «Männerpolitik» und wehren sich nicht mehr für die Schwächsten des Landes (z. B. bis 7 Tage alte Menschen)?

Unsere politischen Forderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen. Wir fordern:

1. eine konsequente Anwendung des Fortpflanzungsmedizingesetzes und der Verfassung, insbesondere die sofortige Veröffentlichung der bis jetzt unterschlagenen Statistik gemäss Artikel 11 und 42 FMedG.
2. eine Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes, so dass Embryos ausschliesslich für Fortpflanzungszwecke gebraucht werden, inklusive die Einführung der Embryooption.
3. ein Verzicht auf eugenische Tendenzen in der Medizin, d. h. auch einen Verzicht auf die Einführung der Präimplantationsdiagnostik, für die gegenwärtig ein Vorstoss im Nationalrat hängig ist.
4. zwei Sitze in der nationalen Ethikkommission für den Humanbereich.
5. Eine Verordnung zum Stammzellenforschungsgesetz, welche verlangt, dass die Zahl der verwendeten «überzähligen» Embryos periodisch veröffentlicht wird.

Sie finden unsere Forderungen im Detail unter folgendem Link: www.stammzellen.ch/images/1_Forderungen

Wir hoffen, dass die Schweiz möglichst bald wieder den Weg zurück findet zu einer Forschernation, welche die Menschenrechte respektiert.

Kontakt: Referendumskomitee gegen das Embryo-Verbrauchs-Gesetz (StFG), Postfach, 4011 Basel, 061 703 03 09